



Presseinformation

Nr. 267 / 2012

Kiel, Donnerstag, 12. Juli 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Feste Fehmarnbelt-Querung

Christopher Vogt: Die Koalition muss endlich für Klarheit in der Verkehrspolitik sorgen

Zu den jüngsten Aussagen von Minister Dr. Robert Habeck zur Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbelt-Querung erklärt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Herzlich willkommen in der Realität, Herr Minister! Endlich erkennt auch ein führender Grüner die Tatsache an, dass sich die Landesregierung für eine möglichst vorteilhafte Hinterlandanbindung bei der Festen Fehmarnbelt-Querung einsetzen muss. Diesen Erkenntnisgewinn bei Minister Habeck begrüßen wir sehr. Wir hoffen, dass seine Parteifreunde nun ebenfalls zur Vernunft kommen werden. Es ist an der Zeit, dass sich die Koalition endlich mit den Chancen und Herausforderungen bei der Umsetzung des Projekts beschäftigt und es nicht mehr unnötig in Frage stellt.

Die Infrastrukturprojekte sind von herausragender Bedeutung für unser Bundesland. Wir fordern die Koalition deshalb dazu auf, in der Verkehrspolitik endlich für Klarheit zu sorgen. Die Dänen-Ampel muss jetzt klarstellen, dass die Hinterlandanbindung umgesetzt werden muss, dass die A 20 über die A 7 hinaus geplant und gebaut werden soll und welche Schienenprojekte realisiert werden sollen. Der Koalitionsvertrag wird bei diesen Themen von führenden Vertretern der Koalition regelmäßig unterschiedlich ausgelegt. SPD und Grüne sollten die Sommerpause unbedingt nutzen, um sich über die wichtigen Fragen endlich zu einigen. Besser spät als nie. Ein jahrelanges Blockieren der Infrastrukturprojekte durch die grüne Landtagsfraktion und einzelne SPD-Vertretern kann sich unser Land nicht erlauben.

Der verkehrspolitische Teil des Koalitionsvertrages muss konkretisiert werden, damit die unterschiedlichen Interpretationen ein Ende haben. Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein haben ein Recht darauf, endlich zu erfahren, wie es in den nächsten Jahren verkehrspolitisch weitergehen soll. Ein Koalitionsvertrag, der von den Unterzeichnern unterschiedlich interpretiert werden kann, ist nichts wert und schadet dem Land.“